

Änderungsantrag

der Abgeordneten Schulte (Menden), Senfft und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der
Bundesfernstraßen – 3. FStrAbÄndG –
— Drucksachen 10/4389, 10/4734 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Zu Artikel 1:

Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird wie folgt geändert:

Die B 229, Ortsumgehung Enkhausen, wird aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen gestrichen.

Bonn, den 29. Januar 1986

Schulte (Menden)

Senfft

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Die Planung der Umgehungsstraße begann 1968. Die Prognosen von damals sind nicht eingetroffen. Das derzeitige Verkehrsaufkommen liegt bei 3 500 Kfz/24 h. Auch in den Jahren nach 2000 ist mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 4 000 bis 5 000 Kfz/24 h nicht zu rechnen.

Deshalb ist die geplante Umgehungsstraße völlig überflüssig!

Die Entlastung der Familien an der alten B 229 führt zur Belastung der Familien in der Nähe des Altenwohnheimes an der geplanten B 229. Mit der Verlagerung der B 229 auf die neue Trasse würde keine „Ortsumgehung“, sondern lediglich eine „Ortsdurchschneidungsstraße“ geschaffen.

Da die Umgehungsstraße B 229 über einen 6 m hohen Damm geführt werden soll, überschallt der Autolärm das ganze Dorf. Der Verkehrslärm nimmt also zu.

Die Umgehungsstraße B 229 birgt die Gefahr einer „neuen Rennstrecke“ mit Unfällen in sich.

Viele Quadratmeter Boden werden aus nicht zwingenden Gründen geopfert und zuasphaltiert (letztes erschreckendes Beispiel ist die „Autobahn-Kreuzung“ Hachen-Perlmühle).

Ein Feuchtbiotop wird zerstört, nämlich das Tal des Enkhauser Baches. Ferner geht ein sehr wertvolles Kalk-Biotop mit seltenen Pflanzen verloren.

Die geplante „Umgehungsstraße“ B 229 ist nach dem jetzigen und zukünftigen Verkehrsaufkommen nicht nötig, zerstört das Landschaftsbild unseres heutigen noch intakten Sauerlandtals und das Dorf Enkhausen, Wohnort des verstorbenen Bundespräsidenten Lübke.

Inzwischen haben sich alle Parteien der Gemeinde Sundern schriftlich gegen den Bau der Umgehungsstraße ausgesprochen.